



Wortprotokoll der 7. Sitzung

UA Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (3)

Berlin, den 30. Juni 2014, 16:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus

PLH 2.800

Vorsitz: Dr. Peter Gauweiler, MdB

Tagesordnung – nichtöffentlicher Teil

Tagesordnungspunkt 1

Gespräch

**mit dem Bundesminister des Auswärtigen, Herrn
Dr. Frank-Walter Steinmeier**

Tagesordnung – öffentlicher Teil

Tagesordnungspunkt 2

Maßnahmen und Konzepte der deutschen Mittler-organisationen, die dazu beitragen sollen, das Leiden der syrischen Flüchtlinge in Syrien und in den Anrainerstaaten zu lindern

Sachverständige:

- **Herr Johannes Ebert**
Generalsekretär des Goethe-Instituts



- **Herr Hans ten Feld**
UNHCR-Vertreter für Deutschland
- **Frau Prof. Dr. Friederike Fless**
Präsidentin des Deutschen Archäologischen Instituts (DAI)
- **Frau Dr. Nicola Müllerschön**
Programmleiterin Kunst & Kultur der KfW-Stiftung
- **Herr Christian Springer**
Vorstand Orienthelfer e.V.
- **Herr Dr. Michael Vesper**
Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB)
- **Herr Prof. Dr. Stefan Weber**
Direktor beim Museum für Islamische Kunst in Berlin
- **Frau Prof. Dr. Margret Wintermantel**
Präsidentin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD)

Tagesordnungspunkt 3

Verschiedenes

.



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Bergner, Dr. Christoph Feist, Dr. Thomas Gauweiler, Dr. Peter Motschmann, Elisabeth	Jüttner, Dr. Egon Mißfelder, Philipp Nick, Dr. Andreas Wöhrl, Dagmar G.
SPD	Ehrmann, Siegmund Müntefering, Michelle Schmidt (Aachen), Ulla	Freitag, Dagmar Rabanus, Martin Schwarz, Andreas
DIE LINKE.	Dehm, Dr. Diether	Tank, Azize
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Roth (Augsburg), Claudia	Nouripour, Omid



Tagesordnungspunkt 1

Gespräch

mit dem Bundesminister des Auswärtigen, Herrn Dr. Frank-Walter Steinmeier

Der Bundesminister des Auswärtigen, Herr Dr. Frank-Walter Steinmeier erläutert die nächsten Aufgaben der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik aus der Sicht des Auswärtigen Amtes. Es schließt sich eine Aussprache an.

Tagesordnungspunkt 2

Maßnahmen und Konzepte der deutschen Mittlerorganisationen, die dazu beitragen sol- len, das Leiden der syrischen Flüchtlinge in Syrien und in den Anrainerstaaten zu lindern

Der Vorsitzende: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die öffentliche Sitzung des Unterausschusses für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik.

Wir wollen heute mit ihnen beraten über Maßnahmen und Konzepte der deutschen Mittelorganisation, die dazu beitragen können und sollen das Leiden von syrischen Flüchtlingen in Syrien und in den Anrainerstaaten zu lindern. Wir wollen heute keine Diskussion führen – wird zwar auch unvermeidlich sein – über die Flüchtlingsproblematik als solche und über die rechtlichen und moralischen Pflichten Deutschlands, möglicherweise mehr Flüchtlinge aufzunehmen, sondern es geht heute darum, was in den Flüchtlingslagern selber getan werden kann, um eine unerträgliche Situation etwas weniger unerträglich zu machen und zu lindern.

Wir begrüßen eine Reihe von Sachverständigen, die ich hier kurz aufrufen darf. Zunächst bin ich ihnen Frau Staatsministerin Prof. Dr. Böhmer dankbar, dass sie weiterhin an dieser Beratung teilnehmen. Ich begrüße den Vertre-

ter des UNHCR, Herrn Hans ten Feld, den Generalsekretär des Goethe Instituts, Herrn Ebert, Frau Präsidentin Wintermantel, sie war beim letzten Mal auch in unserer Sitzung, was für dankbar in Erinnerung haben, vom Deutschen Akademischen Austauschdienst. Wir begrüßen die Präsidentin Frau Prof. Dr. Fless vom Deutschen Archäologischen Institut und Herrn Dr. Michael Vesper, der Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sportbundes. Es ist weiter hier Herr Professor Weber der Direktor beim Museum für islamische Kunst Berlin, und vom Vorstand der Orienthelfer ist Frau Monika Grube da und Herr Christian Springer. Herzlich willkommen, vielen Dank dass Sie gekommen sind. Von der KfW-Stiftung ist Frau Dr. Müllerschön anwesend. Es sind eine Reihe von Abgeordneten zusätzlich zu den Mitgliedern des Unterausschusses gekommen. Ich begrüße Herrn Abgeordneten Tobias Zech, Herrn Abgeordneten Dr. Kippels, beide vom Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Frau Abgeordnete Ute Bertram vom Ausschuss für Kultur und Medien.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nachdem die Zeit nicht einholbar ist, darf ich folgende sitzungsleitende Anmerkung machen. Wir haben uns ja schriftlich zu dem Thema, zu dem uns ihre Auffassung interessiert, befasst. Ich werde sie der Reihe nach aufrufen und bitte um ein Statement, das fünf Minuten nicht überschreiten sollte und ich bitte sie das einzuhalten. Das hängt einfach damit zusammen, dass die Kollegen ab sieben Uhr eine Reihe von anderen Sitzungen haben, bei denen ihre Präsenz erforderlich ist und wir kommen da in eine größere Schieflage rein, wenn wir uns da nicht einigermaßen selber zwingen, das zu beachten.

Frau Ministerin Böhmer, sind Sie einverstanden, dass ich mit den Sachverständigen beginne? Das Auswärtige Amt hat uns ja eine schriftliche Stellungnahme zugeleitet – wenn



wir die in Zukunft ein bisschen früher kriegen könnten, wäre das sehr freundlich.

Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer: Gerne. Gerne.

Der Vorsitzende: Das mal bei dieser Gelegenheit. Also jedenfalls früher als heute, heute Morgen

Ich eröffne mit Herrn Hans ten Feld. Bitte, Herr ten Feld.

Hans ten Feld: Herzlichen Dank, Herr Gauweiler, Herr Vorsitzender, und vielen Dank für diese Einladung. Wie gefragt, ein kurzes Statement. Erlauben Sie mir kurz, sieben Punkte zu benennen, wovon wir meinen, dass sie für die diskutierte Fragestellung relevant sein könnten.

Zuerst mal möchte ich daran erinnern: 40 Prozent der syrischen Bevölkerung sind mittlerweile auf der Flucht. 6,5 Mio. in Syrien selbst, fast 2,9 Mio. haben Nachbarstaaten aufgenommen. Allein Libanon hat - wie bekannt - über eine Million Flüchtlinge aufgenommen, während Libanon selber nur ca. vier Millionen Einwohner hat. Ich spreche jetzt nur von den registrierten Flüchtlingen, die Zahl der Syrer in den benachbarten Ländern dürfte noch höher sein.

Der zweiten Punkt, den ich erwähnen möchte: Bis zu 75 Prozent der Flüchtlinge in den Aufnahmestaaten der Region sind Frauen und Kinder. Die Zahl der Kinder unter 18 Jahren liegt bei weit über einer Million, und von ihnen können derzeit 62 Prozent nicht zur Schule gehen.

Dritter Punkt, den ich erwähnen möchte: Entgegen des weitverbreiteten Eindrucks lebt die Mehrheit der syrischen Flüchtlinge nicht in organisierten und als offiziell geltenden Lagern. In Libanon leben die Flüchtlinge zum

Teil unter prekären Verhältnissen über das ganze Land, über seinen 600 Städten und Gemeinden verteilt. In Jordanien gibt es einige wenige Lager, darunter Zaatari, das im Blickpunkt öffentlichen Interesse steht, das aber - obwohl da über hunderttausend Menschen leben - nur bedingt das Flüchtlingsleben in Jordanien widerspiegeln kann, denn die große Mehrheit, rund 80 Prozent der 600.000 syrischer Flüchtlinge in Jordanien leben in urbanen Gebieten und hier wiederum die Mehrzahl im Großraum Amman. Lediglich in der Türkei und im Nordirak gibt es eine Mehrheit von Flüchtlingen, die in organisierten Lagern leben.

Vierter Punkt, den ich erwähnen wollte: Es leben insgesamt in der Region 85 Prozent der syrischen Flüchtlinge außerhalb von offiziellen Lagern zumeist am Rande des Existenzminimums. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die Lebenssituation der Flüchtlinge, sondern auch auf die Infrastruktur der Aufnahmeländer, ihres politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gefüges, zudem auf die Organisation und Struktur der zu leistenden Hilfsmaßnahmen der UNO-Organisation wie unsere eigene, aber auch UNICEF, Welternährungsprogramm, World Health Organization sowie einer Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen.

Fünfter Punkt: Dies spiegelt sich auch in den regionalen Hilfsplänen wieder, zu deren Finanzierung UNO-Organisationen und hunderte vor Ort tätige NGOs und Regierungen betroffener Staaten gemeinsam aufgerufen haben. Zuletzt im Dezember letzten Jahres wurde ein Bedarf in Höhe von rund 6,5 Mrd. US Dollar für das laufende Jahr angemeldet. Dies ist der höchste Finanzierungsauftrag, zu dem die UNO jemals im humanitären Bereich aufgerufen hat. Die Summe kommt auch deshalb zustande, weil es sich längst nicht mehr allein um Nothilfeleistungen im engeren Sinne handelt, sondern gezielt auch die Infrastruktur



der betroffenen Aufnahmestaaten gestärkt werden soll, vor allem im Bereich des Schulwesens, der Gesundheits- und Trinkwasserversorgung sowie im Energiebereich. Finanziert sind hiervon bisher jedoch lediglich knapp 30 Prozent. Sollte diese Unterfinanzierung fortauern befürchten wir unmittelbare Konsequenzen für den Umfang der Hilfsleistungen zugunsten der Flüchtlinge, aber auch für die Infrastruktur, Ressourcen und Aufnahmebereitschaft der Nachbarländer Syriens.

Sechster Punkt: Deutschland gehört zu den Hauptgebern bei der Unterstützung der Aufnahmeländer und der Versorgung der syrischen Flüchtlinge und wir hoffen, dass der Bundestag für die Syrienhilfe eine ähnliche hohe Summe über Sondermittel zur Verfügung stellen kann wie im letzten Jahr. Angesichts der Vielzahl der derzeit aktuellen langandauernden neuentflammten Krisen und Konflikte, in denen jeweils auch humanitäre Nothilfemaßnahmen für hunderttausende von Menschen in kurzer Zeit auf den Weg gebracht werden müssen, reichen die international zur Verfügung stehende Mittel zur humanitären Hilfe nicht aus, um das Ziel einer relativen Stabilisierung der Lage der syrischen Flüchtlinge gewährleisten zu können.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr ten Feld. Ich bitte nun Frau Abgeordnete Roth um ihren Beitrag mit grundsätzlichen Anmerkungen zu unserer heutigen Aussprache.

Abg. Claudia Roth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich versuche es sehr kurz zu machen, weil wir ja von Ihnen allen profitieren wollen und hören wollen, was Ihre Vorschläge sind.

Ich glaube, das besonders Dramatische ist, dass die humanitäre Tragödie und Katastrophe in Syrien mit 50 Prozent Menschen, die ihre Heimat verloren haben, die vertrieben sind, im Land oder in den Nachbarregionen,

mit entgrenzter Gewalt, mit Zerstörung konfrontiert sind, auch mit der Frage: An wen gehen eigentlich die UNO-Mittel tatsächlich in Syrien? Da gab es ja Zahlen, über die wir sicher auch reden sollten. Vor allem die Nachbarländer sind mehr und mehr überfordert, und durch die große Destabilisierung in den Nachbarländern könnte es zu einer politischen Krise kommen und möglicherweise zu einem Flächenbrand in der ganzen Region. Und das ist eben auch der Grund unserer Anhörung, dass wir gesagt haben: Was können wir tun, um mit dazu beizutragen, dass der Libanon nicht völlig kollabiert, bei 4,2 Mio. Einwohnern und über einer Million registrierten Flüchtlingen, und mehreren hunderttausend Palästinensern, die seit Jahrzehnten dort sind? Was kann da getan werden, um ein Auseinanderbrechen zu verhindern in einem Land, das ja anders als andere davon lebt, dass unterschiedliche Gruppierungen, Religionen, multireligiös, multikulturell im Libanon zusammenleben. Wenn das auseinander bricht, dann haben wir noch eine ganz andere Dimension für ganz andere Regionen auf der Welt.

Jordanien: Sie haben berichtet von der großen Zahl von Flüchtlingen, die dort im Land leben. Ich habe dort ein Schlüsselerlebnis gehabt im Lager Zaatari, das die drittgrößte Stadt Jordaniens in der Zwischenzeit ist. Der UNHCR-Vertreter sagte, dass er eigentlich ein Bürgermeister ist, der eine Stadt errichten muss, die vielleicht zehn Jahre existieren wird. Deshalb gibt es dort andere Anforderungen an das, was Grundnahrungsmittel fürs Leben ist: Und Grundnahrungsmittel ist natürlich Wasser und ist Ernährung, aber ist es auch Bildung, es ist Schule, es ist Kultur, es ist Sport. Deswegen: Was kann da getan werden, um in dieser Situation von Ihrer Seite aus Unterstützung zu leisten? Beispielsweise hat der norwegische Fußballverband wirklich einen sehr guten Fußballplatz gebaut, die Koreaner haben einen hingestellt, das ist die einzige Möglichkeit für die Kinder und Jugendlichen, dass sie dort



sozusagen so etwas wie Leben spüren. Oder es gibt eine Städtepartnerschaft mit Amsterdam in der Zwischenzeit, die 5.000 Fahrräder dort hin geliefert hat. Das hört sich alles ganz klein an, aber ich glaube, das ist eine konkrete Überlebenshilfe. Die Türkei hat ungefähr eine Million Flüchtlinge, 250.000 in Lagern, die anderen im ganzen Land. Und durch die neue Brisanz und die neue Eskalation im Irak haben wir ja nicht nur ungefähr 250.000 bis 300.000 syrische Flüchtlinge, also kurdische vor allem, aber auch Christen aus Syrien im Irak, im kurdischen Teil, sondern jetzt nochmal eine Million intern Vertriebene. Also der Generalkonsul hat mir am Telefon gesagt, dass 650.000 zusätzlich gekommen sind, Binnenflüchtlinge aus dem Irak in die kurdische Region. Wenn die kurdische Region eine der wenig stabilen noch überhaupt ist, was kann da getan werden, um zu stabilisieren, dass dieser Ort, wo es ein Parlament gibt und andere demokratische Einrichtungen, nicht auseinanderbricht. Und das ist eigentlich das, warum wir jetzt diese Anhörung im Ausschuss durchführen, um zu sehen, was kann an humanitärer Offensive im Bereich Kultur, im Bereich Sport, im Bereich Stipendien. Ihre Vertreterin vom DAAD hat mir in Erbil gesagt, sie könnten sofort Studenten und Studentinnen, die in Flüchtlingslagern sind, Menschen wie Sie und ich, ein Stipendium geben, was für sie auch eine Lebensperspektive sein könnte, wenn dafür die Möglichkeit da wäre.

Und letzter Punkt: In Istanbul habe ich mit dem Vertreter des Deutschen Archäologischen Instituts gesprochen, der betont hat, es geht bei der Zerstörung von Kulturgütern auch um Zerstörung von Identität. Was kann jetzt getan werden, um überhaupt mal festzustellen, was es an Kulturgütern in Syrien gibt und in den Nachbarländern? Deswegen diese breite Anhörung. Ich will es wirklich nicht länger machen, aber ich bin sehr froh, dass Sie alle gekommen sind und in so einer unendlich tragi-

schen und brandgefährlichen Situation überlegen, wie wir dort positive Wege bestreiten und unterstützen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Roth. Wir sind dankbar für jede konkrete Maßnahme, die Sie uns sagen können und die wir möglicherweise dann mit unseren Möglichkeiten im Parlament befördern können. Der Generalsekretär des Goethe-Instituts, Herr Ebert. Bitte schön.

Johannes Ebert: Lieber Herr Vorsitzender, es ist etwas schwierig mit ganz kleinen Maßnahmen zu kommen, nachdem Herr ten Feld und Frau Roth die Gesamtsituation, die eine humanitäre Katastrophe ist, beschrieben haben. Aber wir als Goethe-Institut sind im Bereich Kultur und Sprache natürlich unterwegs, aber ich denke aus den Beiträgen aller Kolleginnen und Kollegen wird sich dann ein Gesamtbild ergeben, was man vielleicht gemeinsam tun kann.

Die Erfahrungen des GI im Bereich der Flüchtlinge konzentrieren sich bisher insbesondere auf Palästina, wo wir mit Kulturprojekten vor allem auch für Kinder sehr aktiv sind. Das GI in Damaskus ist seit Ende 2012 geschlossen. Der Betrieb musste eingestellt werden aufgrund der Sicherheitslage, nachdem schon ein Jahr zuvor eigentlich keine Arbeit mehr möglich war. Wir arbeiten in der Türkei, im Libanon und in Jordanien.

In Jordanien gibt es etwas 585.000 Flüchtlinge, in dem erwähnten Lager Zaatari über 100.000 Personen und zwar vor allem Frauen und Kinder. Das haben Sie ja auch erwähnt, Herr ten Feld, dass Frauen und Kinder die Hauptgruppe sind unter den Flüchtlingen. Wir haben im Dezember 2013 mit einem ganz kleinen Projekt dort begonnen, in Zaatari, mit einem Vorleseprojekt für Kinder „We love reading“ (Wir lieben das Lesen); und zwar haben wir begonnen mit arabisch übersetzten Kinderbü-



chern Das erste Buch war „Rosi in der Geisterbahn“, wo es um Kinder und ihre Ängste ging. Anhand dieses Buches wurden Mal-Aktionen im kunsttherapeutischen Bereich initiiert. Auf die Kinder zuzugehen, fand so großen Anklang, dass wir das in diesem Jahr fortgesetzt haben mit dem Buch „Regenbogenfisch“, wo es um Teilen und Toleranz geht, neben anderen Veranstaltungen, wie man das Zusammenleben organisieren kann, wie Kinder ihre Träume erleben und wie sie mit der Situation umgehen. Wir haben der IRD Library, also der Bibliothek des Lagers, Bücher in arabischer Übersetzung zur Verfügung gestellt, so dass sie auch von den Lehrerinnen und Lehrern im Lager genutzt werden können. Was nämlich wichtig an diesem Projekt ist, dass sich die Lehrerinnen und Lehrer sehr dafür interessiert haben, das fortzusetzen, und sie machen inzwischen eigene Veranstaltungen mit den Kindern, mit diesen Büchern. Das wollen wir ausweiten mit Workshops, Multiplikatoren und Multiplikatoren-Schulen, weil wir denken dass Kinder und Jugendliche die Hauptzielgruppe unserer Bemühungen hier sein müssen.

Der zweite Punkt in Jordanien ist die sprachliche Ausbildung. Die Kommission der Europäischen Union hat zunächst den British Council beauftragt, Sprachkurse für die Lager zu entwickeln und auch das Goethe-Institut hat sich bereit erklärt, dort Konzepte, die vor allen Dingen über „Blended Learning“ funktionieren, für Menschen die im Lager leben, auszuarbeiten. Geplant ist es über die Laufzeit von 2014 bis 2017 Sprachtraining für bis zu 4.000 Personen in den Lagern durchzuführen, beispielsweise auch als Vorbereitung auf ein Aufenthalt in unseren Ländern.

Im Libanon sind wir aufgrund der allgemeinen Sicherheitssituation nicht in den allgemeinen Lagern aktiv. Wir versorgen vom Libanon aus per Email und per Internet Deutschlehrer, die in Syrien verblieben sind und dort noch

Deutschunterricht geben. Es gibt, das hat mich auch überrascht, die Situation, dass dort Privatlehrer noch Deutsch lehren an Schulen, die dann an unseren anderen Instituten der Region Prüfungen abnehmen.

In der Türkei ist die Situation, dass ein Teil der Flüchtlinge in Lagern lebt, ein Teil in den Städten. Dort haben sich NGOs gegründet; ich habe die Kollegen und Kolleginnen gebeten, in den Städten mit den NGOs Kontakt aufzunehmen, um zu eruieren, welche Projekte wir gemeinsam tun können. Ganz konkret gibt es ein Projekt in Izmir, eine deutsch-türkische Ausstellung über Energie und wir organisieren dort arabische Führungen für 300 syrische Kinder. Es ist ja immer das Sprachenproblem, dass in der Türkei kein Arabisch gesprochen wird. Wir schicken beispielsweise auch untertitelte Filme hin.

Drei Punkte, die wir gerne ausweiten wollen: Erstens: Kulturprogramme für Kinder in den Lagern und in den Communities. Zweitens: kunsttherapeutische Aktionen in den Lagern und in den Communities. Und Drittens: Die Förderung von Deutsch als Fremdsprache für Menschen, die sich auf Europa hin orientieren.

Der Vorsitzende: Vielen herzlichen Dank, Herr Ebert. Frau Professor Wintermantel für den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD).

Prof. Dr. Margret Wintermantel: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich bin dankbar, dass Sie auch den DAAD eingeladen haben zu dieser Anhörung. Ich versuche, das auch in der zur Verfügung stehenden Zeit zu sagen. Das tertiäre Bildungssystem in Syrien ist zusammengebrochen in dieser Krise. Wir gehen davon aus, dass nur noch 30 Prozent der Studierenden aus der Zeit vor der Krise überhaupt jetzt unterwegs sind und stu-



dieren können. Viele Syrier können kein Studium aufnehmen im Augenblick, haben ihr Studium unterbrochen, sind in dieser Perspektivlosigkeit auch von Ohnmachtsgefühlen und Traumata betroffen. Syrien läuft Gefahr, die gesamte Generation an Akademikern und zukünftigen Fach- und Führungskräften zu verlieren, die das Land auch nach Beendigung des Bürgerkriegs für den Wiederaufbau dringend benötigen würde. Eine Studie der University of California [...] gemeinsam mit dem Institute for International Education kommt zum Schluss, dass unter den Flüchtlingen in den Camps und in den aufnehmenden Gemeinden im Exil sich syrische Studierende befinden, die dringend ein Studium im Ausland jetzt auch aufnehmen wollen und das auch können, da sie eine Studienberechtigung haben. Die Tätigkeit des DAAD ist genauso wie die des Goethe-Instituts nicht mehr erkennbar, wir haben unser Büro schließen müssen. Die Aktivitäten in den letzten Jahren waren bestimmt dadurch, dass die Studierenden, die bei uns sind, bei uns bleiben können. Es gibt ja kein Geld vom Stipendienprogramm der syrischen Regierung, d.h., das Auswärtige Amt hat großzügig geholfen – muss man sagen –, sowohl die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen als auch über das Stipendiaten-Programm den Hochschulen in Deutschland, die syrische Studierende haben, Geld zur Verfügung zu stellen, um sozusagen in Notfällen einfach zu helfen. Denn die Studierenden sind hier und bekommen kein Geld mehr aus Syrien. Wir haben etwa 1,1 Mio. Euro zur Verfügung, um sozusagen die schlimmste Not zu lindern. Nothilfe über Stipendien und zusätzliche Mittel des Auswärtigen Amtes sind tatsächlich geflossen und das ist sehr wichtig gewesen.

Herr Vorsitzender, Sie haben gefragt nach konkreten Hilfen. Im Augenblick sind das zwei Perspektiven oder zwei Stränge, über die wir reden. Einmal verhandeln wir mit dem BMZ

über Möglichkeiten, für die syrischen Studierenden dort, wo sie sich jetzt aufhalten, etwa auch in Jordanien, Stipendien oder Drittlandstipendien, zu bekommen. Die deutsch-jordanische Universität, über die ich ja das letzte Mal hier berichtet habe, ist sehr bereit, Stipendiaten und Stipendiatinnen aus Syrien aufzunehmen und hält das auch für sehr wichtig als Zeichen der Unterstützung für Studierende. Aber auch andere jordanische Hochschulen, Sommerschulen und zusätzliche Fortbildungsangebote, gerade in Jordanien, das ist etwas, worüber wir im Augenblick mit dem BMZ sprechen und wir hoffen sehr auf Unterstützung von dieser Seite. Es ist auch wichtig, gerade auch in Jordanien, wenn man diese Flüchtlingscamps auch kennt, dass junge Leute da raus kommen und auch wirklich die Möglichkeit zum Studium haben. Auch wenn das nicht in ganz gewichtiger Zahl passieren kann, so hoffen wir doch dass das eine wichtige Hilfe ist.

Ein Sonderprogramm, was uns besonders am Herzen liegt, was wir auch dem Auswärtigen Amt vorgelegt haben und wir sind auch da in Verhandlungen, ist ein „Leadership for Syria“ also ein Stipendiensonderprogramm für syrische Studierende, die zu uns kommen. Mit drei Bestandteilen: Einmal individuelle Master- und Promotionsprojekte für syrische Studierende, dann zweitens eine Finanzierung des Studiums und der Promotion aus Mitteln des Auswärtigen Amtes und ein für alle Teilnehmer dieses Stipendium-Sonderprogramms obligatorisches, gesellschaftspolitisches Zusatzprogramm. Es muss auch hier etwas getan werden, den Aufbau der Zivilgesellschaft zu unterstützen. Wir bitten um Ihre Unterstützung für diese beiden großen Programme: Einmal Stipendien in den Flüchtlingsgebieten in Jordanien und zum anderen das Stipendiensonderprogramm aus Mitteln des Auswärtigen Amtes. Ich bitte Sie herzlich um Ihre Hilfe. Ich glaube, es wäre sehr wichtig für die künftige Führung in Syrien.



Der Vorsitzende: Ist angekommen, war sehr überzeugend. Frau Professor Dr. Fless, Deutsches Archäologisches Institut (DAI).

Prof. Dr. Friederike Fless: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, das DAI hat sein Institut in Damaskus nicht geschlossen. Wir halten es weiterhin offen, genauso wie unsere Grabungsplätze, weil wir das Interesse haben, eine Stabilität im Land zu erzeugen. Die Leiterin der Außenstelle ist nach Amman versetzt worden und kann von da aus den Kontakt halten. Wenn das nicht mehr funktioniert, machen wir das über Saudi-Arabien und die Projekte im Irak, weil da die Kommunikationswege besser funktionieren. Wir unterstützen durch Evakuierung und auch durch unterschiedliche Maßnahmen Kollegen, Ortskräfte, aber auch Wissenschaftler und versuchen, auch den Antikendienst sehr intensiv zu unterstützen. Ein Problem, das uns aufgefallen ist, ist, dass sehr viele Syrer, die hier nach Deutschland gekommen sind und studieren – Frau Wintermantel hat ein Programm des DAAD angesprochen – jetzt hier gestrandet sind. Wir versuchen, soweit es in unseren Möglichkeiten liegt, diese Syrer oder auch Iraker in unsere Projekte einzubeziehen, so dass sie hier weiter arbeiten und ihre Dissertationen schreiben können. Es sind u.a. Projekte, die vom Auswärtigen Amt unterstützt werden. So erstellen wir gerade zusammen mit dem Museum für Islamische Kunst ein digitales Denkmalregister, um Informationen für den Fall zu sammeln, dass eine Stabilität wieder eintritt und man auch an den Wiederaufbau des zerstörten kulturellen Erbes denken kann, über dessen Zerstörungen, sind wir sehr gut informiert. Um zum Wiederaufbau tätig werden zu können, braucht man diese sehr konkreten Informationen. Das heißt, wir bauen zusammen mit französischen und englischen Kollegen ein solches Denkmalregister auf. Das ist auch zum Kampf gegen den illegalen Kunsthandel wichtig. Dies ist – das

ist nicht jedem bekannt – der drittgrößte illegale Markt nach Waffen und Drogen oder Drogen und Waffen. Wir brauchen dringend Maßnahmen, diesen illegalen Kunsthandel zu unterbinden. Da gibt es sehr unterschiedliche Ansätze von ICOM, die sogenannte „Red List“, die ja vor zwei Wochen hier in der deutschen Variante vorgestellt wurde, so dass Zöllner überhaupt die Chance haben an der Grenze Antiken zu entdecken.

Eine zweite Maßnahme, die sehr wichtig ist, wäre, das UNESCO-Übereinkommen von 1970 zum Kulturgüterschutz zu überarbeiten. Im Moment gibt es in Deutschland immer noch einen legalen Antikenhandel, der dazu führt, dass dieser illegale Teil gar nicht auffällt und wir wissen ganz genau, was ISIS alles erbeutet hat und wie sie damit riesige Vermögen anhäufen. Wir finanzieren somit mit dem illegalen Kunsthandel auch unmittelbar die bewaffneten Maßnahmen, den Terror in Syrien und jetzt auch im Nordirak. Das ist alles sehr gut belegt.

Was auch fehlt und wobei wir dringend Unterstützung brauchen, auch auf einer breiteren Basis, ist es, einer breiteren Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass der Kauf illegaler Antiken kein Kavaliersdelikt ist. Jeder, der eine Antike aus Raubgrabungen kauft, unterstützt unmittelbar die entsprechenden Gruppen, die davon z.B. Waffen für die Fortführung von Konflikten kaufen. Um das zu unterbinden, braucht man ebenfalls die genannten Register der Denkmäler, damit man identifizieren kann, welche Stücke aus welchem Museum geraubt worden sind. Deswegen müssen wir in den Aufbau dieser Denkmalregister investieren und darin hat uns das Auswärtige Amt sehr gut unterstützt. Hier ist aber noch sehr viel Arbeit zu leisten und unsere Wunschvorstellung wäre, dass man unmittelbar in dieses Projekt auch die Kompetenzen von Nachwuchswissenschaftlern aus Syrien und dem Irak einbeziehen kann, so dass sie



auch fit gemacht werden für den Fall des Wiederaufbaus in ihren Ländern. Das sind zentrale Beispiele, wie man ganz konkret arbeiten kann.

Frau Bartel ist in Jordanien sehr konkret darauf angesprochen worden, dass Unterstützung zum Erhalt der Antiken auch in Jordanien zu leisten ist. Das heißt, wir müssen auch in den Nachbarländern verstärkt Projekte durchführen, sowohl in Jordanien, im Libanon als auch im Irak.

Ein weiteres Problem ist durch die Flüchtlingsströme in Jordanien das Wassermanagement. Die begrenzten Wasserressourcen schrumpfen durch die große Flüchtlingszahl noch einmal. Dies kann zu einem gravierenden Problem werden und wir müssen auch auf diesem Gebiet gemeinsam etwas tun, die Jordanier in ihrem eigenen Land zu unterstützen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Professor Fless. Herr Dr. Vesper ist für den Deutschen Olympischen Sportbund (DOS) hier. Vielen Dank.

Dr. Michael Vesper: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, natürlich sind auch wir selbstverständlich Ihrer Einladung gern gefolgt. Auch wenn ich mich den Worten von Herrn Ebert anschließen muss, man wird sprachlos und fühlt sich machtlos angesichts der Dimension dieser humanitären Katastrophe und naturgemäß fühlt man sich dann auch ein Stück weit überfordert, was Soforthilfe und humanitäre Aktivitäten angeht. Denn das Problem ist halt von einer Dimension, die ein nationaler Sportbund kaum wirksam angehen kann. Aber natürlich sind wir nicht nur bereit, sondern auch interessiert, langfristige Mittel und langfristige Hilfe zu leisten und wir können das auf drei Gebieten. Das eine ist die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Wir führen seit über 50 Jahren Projekte in vielen Ländern in Afrika, in Asien, in Mittelamerika

durch mit Hilfe des Auswärtigen Amtes. Die Mittel sind leider gekürzt worden in den letzten Jahren, aber dennoch tun wir das ungebrochen auf vielen Gebieten und das würden wir natürlich auch im Kontext Syrien tun. Wir können keine Experten in Krisengebiete entsenden, sobald eine Reisewarnung da ist, können wir sie nicht entsenden, müssen sogar dort aktive Experten zurückziehen. Wir hatten in den Anrainerstaaten Jordanien, in Palästina, im Libanon, im Irak in den letzten Jahren Projekte, die jetzt aktuell zwar nicht durchgeführt werden, die wir aber selbstverständlich auch gern wieder aufgreifen würden. Darüber hinaus sind wir dabei – da wird Frau Müllerschön sicher auch gleich etwas zu sagen können –, mit dem BMZ und der GIZ ein weiteres Programm, eine Kooperation aufzubauen, die mehr entwicklungspolitisch ist, die den Sport sozusagen als Instrument nutzen will, um Entwicklungen zu unterstützen. Und auch dieses würden wir dann selbstverständlich in der Region gerne einsetzen, wobei wir mit unserem Programm natürlich nur dort hinkommen, wo etwas organisiert ist, also wo etwa Flüchtlingslager organisiert sind. Herr ten Feld hatte das eben unterschieden, dass ein Großteil der Flüchtlinge eben am Rande des Existenzminimums inmitten der dortigen ansässigen Bevölkerung leben.

Einen dritten Punkt will ich kurz ansprechen, - und ich will der einzige sein, der dieses wunderbare Geräusch nicht zu hören bekommt -, nämlich das Programm „Integration durch Sport“. Denn es wird ja auch darum gehen, Flüchtlinge, die hier nach Deutschland kommen, möglichst intensiv und wirksam zu integrieren. Und da kann der Sport einen großen Beitrag leisten bei der Entwicklung von Selbstbewusstsein, bei der sozialen Integration, bei der Normalisierung des täglichen Lebens. Und da haben wir mit Hilfe des Bundesinnenministeriums ein sehr erfolgreiches Programm, „Integration durch Sport“, das den Menschen den Einstieg in diese Gesellschaft erleichtert.



Das wäre perspektivisch eben auch eine Maßnahme, die wir leisten könnten. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Danke, Herr Dr. Vesper. Herr Professor Dr. Weber, Direktor beim Museum für Islamische Kunst. Ich glaube, Sie sind zum ersten Mal bei uns. Bitte schön.

Prof. Dr. Stefan Weber: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender für die Einladung. Meine Damen und Herren, ich freue mich, hier zu sein, obwohl es mir natürlich sehr schwer wird, bei diesen humanitären Katastrophen über Kultur zu reden. Aber ich glaube, Kultur hat trotzdem einen Beitrag zu leisten. Es ist schon angesprochen worden: Kultur hat einen großen Identitätsfaktor gerade in Syrien, bei einer sehr pluralen Gesellschaft, die aus verschiedenen Religionen besteht, mit einem kulturellen Erbe, das von der frühen Menschheitswerdung - auch der Stadtwerdung -, von der Entwicklung des Alphabets über die vielen antiken Städte bis in die byzantinische und islamische Zeit von herausragender Bedeutung ist. Dies ist nicht nur wichtig für die Identität einer pluralen Gesellschaft, die Syrien traditionell ist, sondern auch natürlich als ökonomischer Baustein für den Tag X, wenn es zu einem Friedensprozess hoffentlich kommen wird und der Kulturtourismus vielleicht irgendwann wieder einsetzen könnte. Oder aber auch das traditionelle Handwerk, Kunsthandwerk, also das traditionelle nicht „tenable heritage“, das ja aus kulturellem Wissen besteht, das auch für den Markt wichtig ist. Das sind Dinge, die im Augenblick in einer großen Geschwindigkeit zerstört werden. Sie kennen die Bilder aus dem Krieg, beispielsweise aus den zerstörten Altstädten Homs und Aleppo. Kultureller Totalschaden entsteht aber nicht nur durch die Bombardierungen, also durch die Zerstörung, durch den Krieg selber, sondern vor allen Dingen auch durch das von Frau Fless angesprochene Problem der illegalen Raubgrabungen durch bewaffnete kriminelle und mafiose Ban-

den, die antike Schätze ausgraben, um den internationalen Markt zu bedienen. Welche Maßnahmen sollten ergriffen werden? Dazu fünf Vorschläge: Erstens geht es darum, den Kulturgüterschutz umzusetzen. Wenn wir nicht dazu beitragen, dass auch in Deutschland keine Antiken mehr aus Raubgrabung auf den Markt kommen, dann unterstützen wir damit auch indirekt die Finanzierung der bewaffneten Gruppen. ISIS exerziert dies gerade stringent, indem sie aus den Museen und Depots die Antiken und Kunstschätze kistenweise abschleppen und im internationalen Antikenschmuggel verhökern. Das geht in Millionenwerte, die über die Grenzen verbracht werden. Kulturgüterschutz ist auch Eindämmung des bewaffneten Terrorismus.

Maßnahme Nummer zwei wäre, Mittel und Wege bereitzustellen, die Kollegen vor Ort zu unterstützen. Im Verbund mit dem Antikendienst in Syrien wäre denen zu helfen, die die Kulturstätten schützen wollen. Dies wäre ein Beitrag gegen den Zerfall der staatlichen Strukturen, also gegen eine Irakisierung, wie ich es nennen möchte. Wenn infolge des Krieges Gebiete jenseits staatlicher Ordnung sind, stehen den Plünderern in den Ausgrabungsstätten die Tore offen. Natürlich geht es auch um den Schutz der Altstädte und die wunderbaren Häuser, die dort stehen und ebenfalls ausgeraubt werden (u.a. äußerst wertvolle Holzvertäfelungen wie das Berliner Aleppo-Zimmer). Um staatlichen bzw. quasi staatlichen Organisationen zu helfen, ihre Aufgabe zu erfüllen, sollte über die „Friends of Syria“ versucht werden, den Aufbau eines parallelen Antikendienstes zu unterstützen, der dann natürlich über die deutschen Projekte mit dem staatlichen Institution zusammenarbeiten kann. Die Nichtexistenz von organisierten Aufsichten vor Weltkulturerbestätten ist eine Einladung zu Raubgrabungen.

Nummer drei wäre der Wunsch - wir sind im vierten Jahr des Krieges -, dass man in Zukunft



solche Maßnahmen schon sehr früh in das strategische außenpolitische Handeln einbezieht und versucht, beim Auswärtigen Amt aus den Kompetenzen, die ja in Deutschland reichlich vorhanden sind, durch das Einbeziehen der Museen, der Universitäten und anderer Player, sehr frühzeitig eine Strategie zum Schutz der Kulturgüter zu entwickeln.

Viertens wäre natürlich das von Frau Fless genannte Projekt des Syrian Heritage Archive sehr wichtig, in dem die Denkmäler und antiken Kunstwerke aufgenommen, dokumentiert und veröffentlicht werden. Das ist Grundlage für jeden nächsten Schritt. Die staatlichen Museen und ihre Partner sollten die Kompetenz zur Verfügung stellen können, auch gerade im Hinblick auf die Unterstützung der Kollegen in Syrien.

Sehr wichtig ist es, auch Syrer in dieses Projekt einzubeziehen, die jetzt nach Deutschland kommen und die wir natürlich auch in solche Projekte integrieren können. Das tun wir mit diesem Projekt intensiv.

Die fünfte Maßnahme, kann sich aus diesem Zusammentreffen der deutschen Forschungs- und Kulturmittlerorganisationen ergeben. Die Frage wäre, ob nicht die Staatlichen Museen, das DAI und GI bei der kulturellen Bildung - Sie sprachen, Herr Ebert, vom Bildungsprogramm des GI - Kulturprogramm zusammen erarbeiten könnten, um kollektive Identitäten bei der Persönlichkeitsbildung anzubieten, die nicht auf religiöser Abgrenzung, sondern auf transregionalen offenen Kulturbildern fußen. Dies wäre ein wichtiger Beitrag zum gesellschaftlichen Wiederaufbau auch in den Flüchtlingscamps.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Vom Vorstand des Vereins der Orienthelfer sind anwesend Herr Springer und Frau Gruber. Wer von Ihnen beiden möchte beginnen?

Christian Springer: Die Dame natürlich.

Frau Gruber: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir bedanken uns für die Einladung. Ich hoffe nicht, dass Sie jetzt denken wir sind zwei Kabarettisten/Schauspieler, die einen auf Charity machen, die sich nur mit Hilfe des Leids von anderen Menschen profilieren wollen. Das wollen wir nicht. Ich gebe das Wort auch gleich weiter, weil wir zeitlich so begrenzt sind, an Herrn Springer, der den Verein für Orienthelfer gegründet hat. Ich bin durch meine Freundschaft mit Herrn Springer in den Libanon gekommen, war in verschiedenen Flüchtlingslagern im Libanon wie sie Frau Roth geschildert hat, und könnte verschiedene Schicksale erzählen. Wie in jedem Krieg gibt es unfassbares Leid. Mütter, die bei der Vergewaltigung ihrer Töchter zuschauen mussten und auch zuschauen mussten, wie die Töchter danach umgebracht wurden. Aber ein Schlüsselsatz, der mir im Gedächtnis blieb und der mich dazu bewogen hat, mich auch weiter für syrische Flüchtlinge einzusetzen war folgender: Ein Flüchtling in der Bekaa-Ebene im Libanon hat folgenden Satz gesagt: „Wir beten jeden Tag, dass es ein Erdbeben gibt, denn dann hätten wir längst Hilfe, aber wir haben nur einen Krieg.“

Christian Springer: Ich möchte das Vorwort gerne aufnehmen, weil Sie ja mit Recht gesagt haben, Sie erbitten konkrete Vorschläge was man tun kann. Deswegen mache ich es sehr kurz: Bitte geben Sie mir drei Millionen Euro, damit rette ich Ihnen zehn Prozent der syrischen Flüchtlinge - ich meine das ernst und nicht als Kabarettist - mit Essen, Bildung und einem Dach über dem Kopf. Okay, das kommt nicht gut an, das dachte ich mir. Deswegen nehme ich den Rest der fünf Minuten doch noch. Ich möchte darüber sprechen, was wir tun und wo die Schwierigkeiten sind.



Die Schwierigkeiten sind ganz einfach zu beschreiben, es geht um Leben und Tod. Heute habe ich in Beirut eine Operation von zwei syrischen Buben finanziert. Einem wurde der Arm gerettet, einem der Fuß. Einem anderen Buben wird heute Nachmittag, es ist bereits passiert, das Bein abgenommen. Wir hatten nicht genug Geld, um dieses Bein zu retten, denn im Libanon gilt „no cash, no treatment“. Wir brauchen Kohle, das ist ganz schön, das ist ganz einfach und das wäre ganz einfach zu praktizieren. Wir bringen bereits Studenten - Studentinnen vor allen Dingen - auf die Uni in Jordanien. Vielleicht sollten wir uns da auch unterhalten, wir haben keine große Sitzung gebraucht. Große Organisationen brauchen große Sitzungen. Wir sind sehr klein. Ich bin übrigens immer vor Ort. Ich bin alle zwei Wochen, spätestens alle vier Wochen im Libanon vor Ort. Wir sind auch in Jordanien und in der Türkei tätig. Ich war 30 Jahre in Syrien. Ich fahr da also auch nicht zum ersten Mal hin, sondern immer. Und unsere Hilfe kommt auch an. Ich weiß sehr wohl, dass die Bundesregierung Krankenwagen nach Syrien reingebracht hat, die wurden von der Daisch, was jetzt ISIL heißt, geklaut, gekapert. Man hat es nicht gesagt, weil man Angst hatte, die Bundesregierung schickt dann keine Hilfe mehr nach. Die Feuerwehrfahrzeuge, die heute in Aleppo löschen - es gab in einer Vier-Millionen-Einwohnerstadt, die heute eine Geisterstadt ist, nur zwei Feuerwehrfahrzeuge. Die 11 Feuerwehrfahrzeuge, die jetzt dort unten rumfahren, sind von mir dort unten hingebraucht worden. Ich sage das nicht aus Angabe, sondern ich sage das als Aufforderung: Tun Sie einfach Ihre Pflicht. Es geht nicht um mehr und nicht weniger: Tun Sie einfach Ihre Pflicht, humanitär zu helfen und schauen Sie einfach, dass dieses Geld, das so viel da ist, das so viel investiert wird. Und es gibt ja viele Organisationen, die gut vernetzt sind, dass es ankommt.

Kennen Sie das, ich sollte das nicht in der Hand haben, es ist mir zugespielt worden, ein

non paper der EU. Wissen Sie, was da drauf steht von vielem Geld? Es sind 400 Mio. von der Bundesregierung gespendet, wahrscheinlich eine Milliarde von der EU, neun Prozent sind angekommen, 91 Prozent nicht. Man muss sich das einmal vorstellen. Meinen syrischen Freunden brauch ich das nicht sagen. Unsere Sachen dort unten kommen an. Ich stehe vor Wassertanks in Camps der syrischen Flüchtlinge im Libanon. Diese Wassertanks, wo UN darauf steht oder UNICEF oder wie auch immer, mussten gekauft werden von syrischen Flüchtlingen, weil kein Geld da war. Von den UN-Listen im Libanon werden Familien gestrichen. Warum? Wenn ein 17-jähriger Bub in der Familie ist, weil der ja arbeiten könnte. Vor eineinhalb Wochen wurde die Säuglingshilfe von den Vereinten Nationen im Libanon komplett eingestellt. Das muss man sich vorstellen: Menschen, die nichts mehr haben, die alles verloren haben und die gerade noch einen Säugling durchbringen müssen, denen wurde von der UN das Geld für die Säuglingsversorgung gestoppt. Es braucht keine Fußballplätze, Frau Roth, es ist ein toller Vorschlag, sie haben Fußballplätze. Wissen Sie, wie Kinder Fußball spielen? Einfach auf einem Feld mit Toren, wie wir sie früher gebaut haben, links ein Stein und rechts ein Stein, und irgendein Müllzeug dient als Fußball. Denn sie werden bald nicht mehr Fußball spielen können, weil die Leute verhungern. Ich stand vor eineinhalb Wochen vor 85.000 syrischen Flüchtlingen an der syrischen Grenze. Ein schwieriges Gebiet, weil die Hisbollah davor steht. Ich spreche auch so schnell, weil die Zeit natürlich davon rennt und ich hier für zehn Millionen syrische Flüchtlinge spreche. Es sind auch zwei Millionen im Libanon und nicht eine, Sie haben es ja gesagt, die Hälfte ist nur registriert.

Ich stand vor einem UNICEF-Zelt 20 Meter lang, 85.000 syrische Flüchtlinge außen rum und dann haben mir die Leute gezeigt, jetzt



zeigen wir dir das Programm der UNICEF, haben das Zelt aufgemacht. Es war nichts drin. Die UNICEF war zwei Stunden vor Ort, hat ein Foto gemacht und ist wieder gefahren. Es soll keine Anklage sein, es ist ganz absichtlich eine Anklage, denn wir versuchen wirklich, wir reißen uns den Arsch auf, Entschuldigung dieses Worte hier zu gebrauchen, aber wir reden hier um Leben und Tod. Es sterben in diesem Augenblick Menschen, es haben in Syrien Leute Gras gegessen. Dieses Gras ist aber nicht mehr da. Es sind auch keine Katzen mehr da, weil die gegessen wurden. Sie können es sich nicht ausmalen, was da ist und man will es nicht. Es ist ein Horrorfilm. Kann ich Geld mitnehmen? Ja, 10.000 Euro kann ich mitnehmen, mehr darf ich nicht mitnehmen. Kann ich es mit Western Union überweisen? Ja, aber dann ruft die Bank an und sagt, ich muss nachweisen, an wen es geht. Die Postbank überweist mir nichts und die Deutsche Bank auch nicht. Machen Sie einfach Ihre Pflicht und schauen Sie, wem Sie mit wieviel Geld helfen und ob es ankommt. Es kommt so viel nicht an, bei uns schon.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Dr. Müllerschön. Sie sind die Programmleiterin der KfW Stiftung.

Dr. Nicola Müllerschön: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich danke Ihnen sehr herzlich für die Einladung. Die KfW-Stiftung ist noch eine recht junge Institution, daher möchte ich kurz vorab ein paar Worte zu der institutionellen Struktur sagen, bevor ich konkret über Projektansätze spreche.

Die KfW hat vor anderthalb Jahren eine gemeinnützige unabhängige Stiftung gegründet mit unterschiedlichen Stiftungsschwerpunkten. Ich bin für den Bereich Kunst & Kultur zuständig. Es gibt darüber hinaus noch drei weitere Schwerpunkte: Soziales Engagement, Verantwortliches Unternehmertum und Umwelt & Klima. Also KfW-nahe Themen. Mit meinem

Bereich behandle ich ein Gebiet, das eher in die Richtung der Entwicklungsbank geht, da alle Projekte, die wir im Kunst- und Kulturbereich machen, der Förderung des interkulturellen Dialogs dienen. Wir haben kein Projekt in Syrien. Sie können sich vorstellen, als noch recht junge Stiftung haben wir noch nicht die Erfahrungen der großen Mittlerorganisationen des Auswärtigen Amts, aber wir haben Vergleichs- und Referenzprojekte, die wir in dem Zusammenhang ausweiten können. Dazu möchte ich kurz ein paar Ausführungen machen. Aber erlauben Sie mir vielleicht noch zwei Sätze zur Situation der KfW, weil ich denke, es würde Sie interessieren, wie die KfW in Syrien überhaupt momentan vertreten ist.

Im Büro in Damaskus ist eine Lokalkraft noch vor Ort, aber die Institutsleitung wird seit 2012 interimswise aus Frankfurt verwaltet. Es gibt momentan keine Projekte auf staatlicher Seite, wie Sie sich vorstellen können. Es gibt noch eine kleine Initiative im Bereich der Mikrofinanzierung, im Privatsektor und angestrebt sind Beteiligungen im Fondsbereich, aber das nur am Rande, das hat mit der Stiftung nichts zu tun. Aber es ist mir wichtig, Ihnen diese Informationen zu geben, weil es konkret um dieses Land geht.

Was machen wir im Kunst und Kulturbereich? Das sind Projekte, die wir zum Teil gemeinsam mit dem Goethe-Institut auf den Weg gebracht haben, zum Teil auch mit dem Berliner Künstlerprogramm des DAAD, wir bieten „residencies“ an, also Stipendienprogramme für junge Künstler und Kuratoren aus Entwicklungs- und Schwellenländern, explizit aus dem Nahen Osten, aus Afrika, Asien, Lateinamerika. Das ist eine Fördermaßnahme, die man als Format nutzen kann, um darüber nachzudenken, welche Möglichkeiten es für junge Künstler in Syrien gibt. Und Talente gibt es selbstverständlich auch in Flüchtlingslagern. Des-



wegen ist es für uns ein ganz besonderes Anliegen, eben diese Krisenregionen nicht auszuklammern, sondern gerade dort aktiv zu bleiben, wo es schwierig ist. Wir haben das mit einem Projekt gemeinsam mit dem Goethe-Institut und gemeinsam mit Litprom/Frankfurter Buchmesse bereits auf den Weg gebracht, nicht in Syrien, aber in einem anderen Land in der arabischen Welt. Vielleicht ließen sich hier Ansatzmöglichkeiten finden. Das ist ein Förderprojekt für Nachwuchsautoren aus Ägypten, wir haben das Anfang letzten Jahres begonnen, in einer Situation - Sie wissen das -, als sich die Situation in Kairo so zugespitzt hat, dass eigentlich alle Ratschläge dahin gingen, in dieser Region besser nichts zu machen: Das sei zu instabil. Das sei zu wenig kalkulierbar. Das sei ein Pulverfass. Es wurde traditionell genau dieses Argument gebracht, erst Wasser und Essen und dann Kultur. Wir blieben trotzdem bei unserem Ansatz zu sagen, wir müssen den Dialog mit der arabischen Welt vorantreiben, wir müssen die Stimmen bekommen und wir müssen auch hier mehr Wissen erhalten. Wir verhelfen Stimmen zu Gehör, die wir sonst nicht hören könnten. Dieses Projekt, über das ich spreche, nennt sich „Cairo Short Stories“, besteht aus Workshops, die der irakisch-stämmige Schriftsteller Abbas Khider in Kairo im Goethe-Institut geleitet hat. Vor wenigen Tagen hat die Jury die Gewinnerin gekürt. Die junge ägyptische Schriftstellerin Areej Gamal aus Kairo wird auch auf die Frankfurter Buchmesse eingeladen, bekommt einen Förderpreis sowie die Übersetzung ihres Textes ins Deutsche und die Publikation im Arabischen. Dieses Projekt hatte großen Erfolg und erhielt eine große Resonanz. Wir planen, das regional auszubauen im arabischen Raum. Insofern wäre der Ansatz in Syrien, Möglichkeiten auszuloten, auch dort junge Autoren ausfindig zu machen, gegebenenfalls noch einen Schritt zurückzugehen, auch Jugendliche anzusprechen, diese Stimmen, diese Zeugnisse direkt einzufangen und auch in Deutschland hörbar zu machen.

Der Vorsitzende: Vielen herzlichen Dank. Wir haben noch Wortmeldungen aus dem Bereich der Kollegen aus dem Deutschen Bundestag, die an Sie Fragen haben werden. Herr Kollege Dr. Feist.

Abg. Dr. Thomas Feist (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank. Lieber Herr Springer, ich kann das natürlich emotional verstehen, was Sie uns hier vorwerfen. Wenn man sich mit Reinhard Erös unterhalten würde, dem Chef der Kinderhilfe Afghanistan, der hätte wahrscheinlich in diese Richtung ähnliches gesagt. Was wir hier tun, ist, dass wir als ein Ausschuss des Deutschen Bundestages das Thema auf die Agenda heben. Ich denke, das ist wichtig. Wir machen das nicht, um danach Geld zu sammeln, sondern die Frage ist: Wie können wir schaffen, dass wir das Thema Syrien und seine Bedeutung für die internationale Politik, also auch für Deutschland, wachhalten im Deutschen Bundestag? Das ist der Grund unserer Veranstaltung. Nichtsdestotrotz danke ich Ihnen natürlich für Ihren Vortrag. Wir sind vielleicht manchmal gutgläubig, aber wir sind auch nicht naiv. Natürlich wissen wir auch, dass in einigen Regionen Gelder, die geschickt werden, nicht zum vollen Teil ankommen, um das mal in der Richtung zu sagen. Aber was wäre die Alternative? Die Alternative wäre, man gibt dieses Geld nicht. Und wenn wir sagen, wir reden hier mit den Kulturmittlern, die der Deutsche Bundestag mit Geld ausstattet, um in unserem Auftrag etwas zu tun, dann müssen wir natürlich auch darüber reden, mit welchen Kooperationspartnern arbeiten wir. Vielleicht haben wir da nicht die Richtigen, das mag durchaus sein. Aber die Frage ist, wenn wir den Großteil der Flüchtlinge in den anderen Ländern haben, mit welchen Organisationen arbeiten wir zusammen oder sollten wir zusammen arbeiten. Und auch das muss vielleicht nochmal eine Rolle spielen oder infrage gestellt werden, gerade wenn es darum



geht – das ist ja auch von vielen Seiten angesprochen worden –, dass wir vor Ort wenig machen können und da ist die Wahrnehmung auch ganz unterschiedlich. Auch da kommt es darauf an, mit wem man sich unterhält. Im Bereich des Sports beispielsweise, also wo Sprache überhaupt gar keine Rolle spielt, wo es aber einfach darum geht, dass wir den Menschen, die in Lagern sind -und wir hatten vorhin in der nicht-öffentlichen Anhörung mit dem Außenminister und dem Kollegen Nouripour darüber gesprochen -, dass eine der schlimmen Geiseln in den Lagern Langweile ist. Was könnten wir denn dort vielleicht tun? Natürlich muss das nicht alles Hochglanz sein, darauf kommt es mir nicht an. Wir haben in diesem Jahr ein Jubiläum in der Stadt, aus der ich herkomme, in Leipzig. Da gibt es sogenannte internationale Trainerkurse. Und auch diesem Jahr waren da zwei syrische und zwei irakische Sportler da, bei einer Gruppe von 50 Leuten. Die Frage für mich ist, wenn es zu gefährlich ist - eine Frage an Sie -, wenn es zu gefährlich ist, Experten von uns dorthin zu schicken: Seit 50 Jahren gibt es diese Kurse. Gibt es aus den vergangenen 50 Jahren nicht eine Gruppe von Leuten, die in den Netzwerken vor Ort sind und an die wir die Frage adressieren können, was wir vielleicht dort tun können?

Frau Professor Wintermantel, an Sie hätte ich die Frage: Wir haben uns ja in der letzten Legislaturperiode darüber unterhalten und uns auch darauf verständigt, dass wir in dem arabischen Bereich, gerade im Bereich Wissenschaftskooperation etwas tun müssen und haben da auch viel Geld reingegeben. Wie helfen denn die Wissenschaftskooperationen, die wir mit den Universitäten vor Ort oder auch im Umland haben, bestimmte Auswirkungen des Krieges in Syrien abzumildern? Ein Beispiel: Wir hatten uns doch unterhalten mit Vertretern von Wissenschaftskooperationen von deutschen Universitäten und Universitäten in Kairo. Auch in dem Wandel dort war es immer

möglich, die Kooperation aufrechtzuerhalten. Was könnten wir tun, um das eventuell zu verstärken? Die Destabilisierung der Nachbarländer ist ja von einigen angesprochen worden. Vielleicht, Herr Generalsekretär Ebert, an Sie die Frage: In vielen Ländern ist es nicht mehr möglich, dass Goethe etwas tut? Aber Sie haben ambitionierte Pläne. Wie können wir mit den Multiplikatoren, die haben Sie angesprochen, etwas tun, um auch dort im humanitären Bereich etwas Hilfe zu leisten? Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Kollegin Schmidt.

Abg. Ulla Schmidt SPD): Ja, vielen Dank. Natürlich ist das so, wenn hier ein Ausschuss, der sich mit Kultur befasst, Themen aufgreift, das erscheint einem sehr klein angesichts der Probleme, die Sie auch nochmal angesprochen haben, Herr ten Feld, und über die wir natürlich reden müssen und die auch hier zu hören. Sie wissen, dass Deutschland sich auch verpflichtet hat im Bereich der humanitären Hilfe Leistungen zu bringen, auch finanzielle Leistungen zu bringen. Es würde mich mal auch von Ihrer Seite aus interessieren hier in dem Punkt, das, was Herr Springer auch angesprochen hat: Wie sieht es denn aus mit dem, was auch vor Ort ankommt? Denn das liegt ja auch daran, wie die Flüchtlingslager organisiert sind und natürlich die besonderen Probleme, wie erreichen Sie eigentlich die in den Städten? Da fangen ja die Probleme auch an, bei dem, was Kultur tun kann. Auf der anderen Seite beschäftigt sich ja auch der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit der Fragestellung, denn selbst wenn wir die Flüchtlingslager nehmen oder die anderen, wir müssen ja damit rechnen, dass die Menschen wahrscheinlich für die nächsten fünf oder zehn Jahre eigentlich kaum in ihre Heimat zurück kommen, leider. Wir hätten das ja lieber alle anders, aber durch die Entwicklung auch im Irak wird es ja jetzt nicht einfacher, die Probleme dort anzugehen



und zu lösen. Und da wären eben die Fragen: Wie schätzen Sie das ein, dass wir an die unterschiedlichen Gruppen von Menschen jetzt überhaupt herankommen? Das eine sind die, die in den Lagern sind, wo es ja darauf ankommt. Do haben wir zumindest auch Gespräche geführt, dass ja jemand, der dem Lager vorsteht - auch vom UNHCR - sich eher wie ein Bürgermeister in einer mittleren Großstadt vorkommt. Das muss ja alles organisiert werden. Es ist eine Frage der Nahrung, der Unterkunft, aber auch der schulischen Bildung, wenn wir jetzt von Kindern und Jugendlichen ausgehen. Da fällt es vielleicht eher leichter, auch zusätzliche kulturelle Angebote - und zwar jetzt nicht in dem Sinn nur Kultur - sondern auch in der Hinsicht, welche Lebensbedingungen haben Kinder, um sich entwickeln zu können, damit wir keine verlorenen Generationen haben.

Aber das zweite ist ja: Wie kommen wir eigentlich an die heran, die in den Ländern untergebracht sind? Ich habe ja von Städten gehört, wo doppelt so viel Menschen jetzt leben als zuvor und dass man mindestens so viele Flüchtlinge in einer Stadt hat, wie dort Menschen leben. Das führt zu Spannungen und da ist ja auch ein Punkt wie Sie das einschätzen: Was sind da eigentlich die Aufgaben, die wir wahrnehmen können, um auch diesen Spannungen vorzubeugen? Es ist immer das Wichtigste, für Geld zu sorgen, dafür, dass sie leben können, dass auch die anderen nicht sterben. Aber trotzdem stellt uns das ja vor ganz verschiedenen Probleme und das würde mich einfach mal interessieren, auch von Herrn ten Feld, weil ich glaube, dass er als UNHCR wahrscheinlich den besten Überblick darüber haben wird, wo brennt es da eigentlich und was kann man dann am besten mit Hilfe der Organisation, die hier sind, tun.

Und das dritte ist, das müssen wir hier nicht klären, aber die Frage: Reicht eigentlich das, was wir an Hilfe zur Verfügung stellen aus?

Aber das werden wir dann auch noch mit dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit klären müssen.

Der Vorsitzende: Herr Kollege Tobias Zech vom Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Abg. Tobias Zech (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, dass ich mich hier als Fremder auch zu Wort melden darf. Ich hätte zwei Punkte, die ich anmerken möchte.

Frau Prof. Wintermantel hat ja vorhin geschildert wie wichtig es ist, den tertiären Bereich der Bildung auch für die zukünftige Führungselite in Syrien nicht unbearbeitet zu lassen, sondern den Menschen auch Methoden und Fähigkeiten zu vermitteln sind, damit wir dieses Land irgendwann wieder einer Selbstverwaltung übergeben können und es sich wieder selbst verwalten kann. Daher wäre meine Frage an Sie, aber auch an Herrn ten Feld: Wie sieht es denn in dem Bereich der Ausbildung für Handwerksberufe aus? Ich denke mir, das Wichtigste ist, wenn ich einen Elektriker habe, der wieder Strom legen kann, einen Installateur, der Wasserleitungen macht, dann brauche ich aber auch die Ingenieure, die das Ganze planen und projektieren können. Vielleicht können Sie dazu was sagen.

Und ein Frage zum Schluss noch an Herrn Springer. Herr Springer, Sie haben ja zum Schluss kurz mal skizziert, dass Sie auf bürokratische Hemmnisse gestoßen sind, mit den Überweisungsträgern. Welche Bürokratiehürden müssen Sie denn noch überspringen oder haben Sie festgestellt? Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Frau Kollegin Roth.

Abg. Claudia Roth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, was ich jetzt wirklich neu gelernt habe und was mich doch noch einmal interessiert: Sie haben gesagt, Frau Professor Fless,



dass ISIS vor allem unterwegs ist, wenn es um diesen Kunstraub geht. Welche Rolle spielt aber hierbei die Ideologie, die in dieser Gruppe ja da ist? Wir haben vorher drüber geredet, wie in Afghanistan die großen Buddha-Figuren von den Taliban zerstört worden sind, sozusagen aus der Ideologie der Taliban. Ich hätte deshalb eher gedacht, dass die ISIS und andere das einfach zerstören, weil es Ausdruck einer der Entwicklungen ist, die sie nicht akzeptieren, wenn sie gleichzeitig das Kalifat ausrufen. Aber wer steckt da dahinter und wo gibt es da die Querverbindungen? Ich finde unglaublich wichtig, was Sie gesagt haben, weil ich denke, dass in Deutschland wirk-same präventive Maßnahmen begonnen werden können.

Herr ten Feld, es gab ja vor kurzem, wie gesagt, diese Meldungen, dass von den Hilfen der Vereinten Nationen, die noch Syrien erreichen, etwa 85 Prozent sozusagen an das Assad-Regime gelangen und damit wiederum zu einer Art Waffe gegen die Opposition oder gegen die Nicht-Assad-Anhänger werden. Gibt es denn Überlegungen innerhalb der Vereinten Nationen, dass man sagt, es kann nicht sein, dass die VN-Mittel immer diese staatliche Struktur brauchen, wissend, dass diese staatliche Struktur in Syrien ja auch nicht gerade von Frieden und von Aussöhnung geprägt ist. Also, wie geht man mit so einer Zahl um, wenn gleichzeitig bekannt ist, dass ganze Lager ausgehungert werden, wie das Palästinenserlager, wo die Menschen in der Tat nur noch nicht Gras, sondern Baumrinden gegessen haben?

Was Ulla Schmidt gesagt hat, finde ich auch wichtig. Wo sind Ansatzpunkte, Kommunen zu unterstützen? Im Libanon in der Bekaa-Ebene war ich in einer kleinen Kommune mit 4.000 Einwohnern, drei christlichen Kirchen, also eine christliche Kommune. Da sind 8.000 Flüchtlinge dazu gekommen. Dass dort

Ängste, dass Spannungen entstehen, verwundert nicht. Zudem ist uns vor allem im Libanon gesagt worden, dass es wichtig ist, dass in den Kommunen vor Ort etwas ankommt, damit es überhaupt noch eine Akzeptanz und Möglichkeit der Aufnahme gibt.

Und Michael, vielleicht kannst du nochmal konkretisieren, welche Programme oder Projekte im Sport ihr machen könntet, wenn die Rahmenbedingungen da wären.

Und, anders, Herr Springer, als Sie, habe ich sehr wohl den Wunsch gehört, zum Beispiel im Flüchtlingslager in Doha, das ist das große kurdische Flüchtlingslager mit 65.000 Menschen, wo es gar nichts gibt, dass gesagt wurde: Es wäre schön, wenn wir jetzt sowas hätten wie einen Sportplatz für die Kinder und Jugendlichen, sie könnten sich sinnvoll beschäftigen. Und zwar waren das Sportlehrer, die aus Syrien gekommen sind, genau wie die Musiker, die dort waren und im Container Musik gemacht haben, oder der Maler, der dort war und dort mit Kindern gemalt hat und der gesagt hat: Ich will den Kindern die Farbe zurück gegeben. Wobei, er hat grau gemalt und die Kinder haben bunt gemalt, ja, der war einfach so fertig. Also ich glaube, dass so ein Sportplatz und ein paar Trikots und ein paar Bälle ganz was wenig ist, aber viel bedeuten kann. Nochmal: andere Sportverbände haben's gemacht.

Der Vorsitzender: Danke. Herr Nouripour.

Abg. Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. Ich will einfach nur eine kurze Frage stellen über die, die am längsten in Flüchtlingslagern sind, auch in den Nachbarstaaten von Syrien. Ich war vor ein paar Wochen wieder in Jordanien und im Libanon. Es ist ja relativ offenkundig, dass es eine soziale Hierarchie gibt. Am Anfang oben sind die Libanesen bzw. die Jordanier, dann kommt relativ lange nichts, dann



kommen die alteingesessenen palästinensischen Flüchtlinge, dann kommen die Syrer und ganz unten sind dann die palästinensischen Flüchtlinge aus Syrien, die dann in Jordanien, wenn sie an der Grenze aufgegriffen werden, gar nicht in die Lager, sondern in ein Internierungslager kommen, was von außen so aussieht, dass ich es gar nicht mit historischen Vergleichen versuchen will. Und in Beirut selbst gibt es ja einige Flüchtlingslager seit 1948, einen halben Quadratkilometer groß, mittlerweile mit 38.000 Personen bestückt, vor zwei, drei Jahren waren dort noch knapp über 20.000 Menschen, es ist klaustrophobisch, man kann sich nicht mehr bewegen. Um eine einzige Zahl zu nennen, 35 Menschen sterben jährlich in diesen Flüchtlingslagern daran, dass sie gegen irgendwelche Kabel kommen, die von überall raushängen. Man kann also nur gebückt über die Straßen gehen. „Straßen“ ist jetzt ein Euphemismus. Gassen eigentlich auch. Und ich habe eine Jugendorganisation getroffen mit dem unglaublich traurigen Namen „Ich will den Himmel sehen“, weil es wirklich so ist, man kann sich stundenlang in diesem Lager bewegen, ohne den Himmel zu sehen. Weil es einfach so unglaublich eng ist. Und meine Frage, gerade weil die Situation bei den palästinensischen Flüchtlingen sich jetzt verschärft, denn UNRWA braucht mehr Geld. Wir kennen die Situation in Yarmouk. Der Name ist ja mittlerweile ohne Gänsehaut nicht mehr auszusprechen, wenn man die Situation vor Ort kennt. Ich würde gerne einfach nochmal hören, wenn Sie noch was sagen könnten zur Situation der palästinensischen Flüchtlinge, die unter UNRWA-Obhut sind, und natürlich auch mit dem Schwerpunkt zur Situation derjenigen, die aus Syrien jetzt nochmal fliehen mussten.

Der Vorsitzender: Danke, Frau Tank, bitte.

Abg. Azize Tank (DIE LINKE.): Danke. Auch wenn wir alle hier - ich bin mir hundertprozentig sicher – emotional, aber auch objektiv

helfen möchten, wir können nicht die Situation in den Lagern nachvollziehen, wie die Menschen dort leben und was sie erleben. Diese Lager bleiben nicht für ein paar Tage oder ein paar Monate, sondern es kann auch zehn Jahre dauern oder noch länger, dass sie dann in den Flüchtlingslagern bleiben müssen.

Ich frage mich, warum müssen wir erstmal Kriege machen und Flüchtlinge dann flüchten und nicht nur, dass der momentane Krieg ausreicht - Obama hat jetzt auch wieder, bekannt geben, dass die gemäßigte Opposition wieder Waffen bekommt. Dann frage ich mich, wie weit wird das den Krieg noch weiterführen? Natürlich bekommt die Assad-Seite das auch mit, also wird er dann auch nicht verzichten wollen. Also deswegen meine Frage: Müssen wir nicht wirklich mal darüber reden, in Krisengebiete keinen Waffenverkauf – sowohl nicht von der Bundesrepublik, aber auch nicht von den anderen Ländern? Wenn wir dann Hilfe leisten wollen, müssen wir auch Strukturen ändern, so dass die Menschen nicht mehr jahrelang in den Lagern leben müssen, sondern in den Städten sich dann verteilen und dort wohnen sollen. Ich glaube, bestimmte kleine Projekte geben den Menschen auch wiederum eine Lebenschance oder Lebensfreude. Eine Überlebende des Frauen-KZ Ravensburg hat mir mal erzählt, dass sie auch von dem ganz wenigen Brot, das sie da bekommen haben, für die Kinder Figuren gemacht haben, wie glücklich dass die Kinder gemacht hat. Oder eine kleine Lesung oder eine kleine Geschichte, die sie dann den Kindern erzählt haben oder dass sie von dem sehr wenigen Stoff kleine Puppen gemacht haben. Das waren die Sachen, die ihnen dann auch Kraft gegeben haben sowohl für sich selber als auch für die Kinder. Ich finde es sehr gut, dass man diese kleinen Projekte weiter macht, aber man muss auch generell daran denken, wie können wir mit Dialog und so schnell wie möglich und ohne Waffen an beide Seiten zu verkaufen,



diesen Krieg beenden und für die Menschen an Ort und Stelle mehr Lebensqualität schaffen. Wir reden von sozialen Menschenrechten, die die Vereinten Nationen unterschrieben haben, und nun besteht, die Gefahr, dass eine ganze Generation von Bildung abgeschnitten sein wird eventuell nicht mal lesen und schreiben kann.

Der Vorsitzende: Ich rufe jetzt unsere Gäste auf. Ich fange jetzt von der Seite aus an, Sie können sich auch beziehen auf andere Redner. Wir reduzieren jetzt auf vier Minuten, da bitte ich um Ihr Verständnis Frau Dr. Müllerschön haben Sie noch eine Anmerkung?

Dr. Nicola Müllerschön: Nein, ich würde von meiner Seite jetzt keine weitere Anmerkung machen, weil wir keine konkreten Syrienprojekte haben. Danke.

Der Vorsitzende: Frau Gruber?

Christian Springer: Darf ich das übernehmen? Also in Stichworten: Ich weiß nicht mehr genau, wer mich etwas gefragt hat oder auf etwas hingewiesen hat. Was können Sie tun? Ich glaube, so haben ja Sie angefangen, Herr Dr. Feist. Bitte sagen Sie dem bayerischen Ministerpräsidenten, dass es nicht genügt 5.000 Euro an den Papst per Scheck zu überreichen für syrische Flüchtlinge. Sagen Sie dem Bundesaußenminister, dass es nicht gut ist, zurückzukommen aus dem Libanon und zu sagen, er sieht „no possibility“, ein Flüchtlingslager dort zu errichten. Ich baue dort nämlich gerade eines. Ich sage das nicht, um diese Menschen anzuklagen, sondern das ist kontraproduktiv für Flüchtlingshilfe, wenn man solche Dinge tut. Und was können Sie tun? Bitte schauen Sie ganz genau, wem Sie wieviel Geld für was geben und ob es ankommt. Sie haben selber gesagt, dass ist manchmal schwer zu überprüfen. Wissen Sie, was diese Woche passiert ist? Ich bekomme von einem Menschen einen Anruf: „Du, mir sind drei Millionen für

ein Projekt bewilligt worden, hast du was?“. So geht das nicht. Dazu möchte ich grundsätzlich sagen: Im Libanon gibt es kein Lager. Überall, wo sie waren, das ist letztlich privat oder von Kirchen. Es sind Camps, es sind einzelne Camps, die sind schlechter organisiert, 100 Meter weiter wieder besser organisiert. Es gibt kein Lager, wo man sagt, das ist zentral verwaltet. Das ist eine ganz zentrale Aussage.

Dann komm ich jetzt zum letzten Punkt. Ich glaube, Herr Zech fragte danach. Als Beispiel möchte ich jetzt nennen, dass wir gerade ein Lager aufbauen im Libanon, dieses Lager heißt „Return Home“. Das heißt ein Kilometer lang, zweihundert Meter breit für 1.500 Menschen. Wir kaufen nur das Rohmaterial. Wir haben die Berufe der syrischen Flüchtlinge, wir sammeln Elektriker, Handwerker, Schweißer. Die bauen aus diesen Einzelteilen ihre einzelnen Container, kriegen sie von uns geschenkt, dürfen drin leben, mit Küche, haben endlich wieder ein Türe zum Zusperrern. Es ist ein wundervolles Projekt. Die Container sind drei mal sechs Meter, es gibt Lkws. „Return Home“ meint, wenn es die Zeit erlaubt, wenn die Leute das wollen, dann bleiben die Container eben nicht im Libanon, sondern sie können mit ihrem Container in ihre Heimat fahren, an ihrem Bauernhof diesen Container aufstellen, dort leben und ihr Haus wieder aufbauen. Das ist dieses Projekt. Wir bilden dort auch Kinder aus. Es gibt einen Kindergarten, eine Schule, es gibt einen Handwerkerraum. Dort bilden Handwerker junge Handwerker aus. All das machen wir, an alles das denken wir. Nur es ist zu wenig, wir brauchen mehr Geld, um mehr Leuten helfen zu können.

Und ein ganz wichtiger Punkt: Ich weiß nicht mehr, wer es gesagt hat. Die Kommunen vor Ort, die leiden ja. Ein Landkreis von 40.000 Einwohner, der plötzlich 85.000 zum Teil schwerstverletzte syrische Flüchtlinge aufnehmen muss. Was machen wir? Wir reden mit dem Bürgermeister. Und was ist eines der



größten Probleme ist: Hygiene und der Müll. Es tauchen plötzlich Tonnen von Müll auf, die es vorher nicht gegeben hat. Diesen kleinen Müllautos, ich könnte Ihnen ein Bild zeigen. Ich bin größer, ich bin kein kleiner Mensch, aber das Müllauto ist kleiner, das sie dort haben. Ich bringe der Kommune in Aarsal, der libanesischen Kommune, um das Gesamtproblem zu lösen, zwei Müllautos. Ich brauche jetzt zwei Müllautos. Ich habe alle angeschrieben, die ich irgendwie kenne. Also nicht meine Freunde, um Gottes willen, ich bin schon gut vernetzt. Ich habe keine zwei Müllautos. Ich will zwei Müllautos, die ich in diesen Libanon bringen kann, um ganz einfach humanitäre kommunale Hilfe dort zu leisten.

Bürokratiehürden haben Sie angesprochen. Ich kann nichts in den Libanon liefern. Ich hatte von „action medeor“ zwei Tonnen Medizin, die drei Monate im Zoll von Libanon gekühlt wurden. Die Kosten hat die Air France übernommen. Letztlich mussten wir die Medizin nach Jordanien, nach Zaatari ausfliegen, weil es nicht möglich war, die Medikamente in den Libanon zu bringen. Man kann es auch mal aussprechen: Es ist viel von der Hisbollah kontrolliert und die will nicht, dass man syrischen Flüchtlingen hilft. Das ist ganz einfach diese Hürde, die es gibt im Libanon. Ich kann dort keine Hilfe leisten, tue es aber trotzdem. Das heißt, ich brauche hier Hilfe, ich brauche hier einen Bundesaußenminister, der sagt: Lasst die Leute rein zum Helfen.

Ein letzter Satz, ein aktueller Satz, Frau Roth, Sportplätze, Sie haben natürlich ganz recht, es war polemisch. Im Libanon hängen heute so viele deutsche Flaggen, wie in ganz Deutschland nicht, denn dort gibt es sehr viele deutsche Fußballfans. Lasst uns diesen Leuten helfen. Die drücken uns heute alle die Daumen.

Der Vorsitzende. Sehr nett, vielen Dank. Professor Weber bitte.

Prof. Dr. Stefan Weber: Zur Bildung. Ich glaube, dass Bildung bei der Identitätsbildung von Personen und von Gruppen - also der kollektiven Identität - von enormer Bedeutung ist. Wenn wir der vereinfachten, rein religiösen islamistischen Identitätsfindung, die im Augenblick massenweise stattfindet, nichts entgegensetzen bzw. Alternativen anbieten können, können die jungen Leute gar nicht anders, als diesen verengten Identitätsmodellen zu folgen. Im innerdeutschen Ausgrenzungsdiskurs werden junge Leute gezwungen, sich zu definieren. In Zusammenarbeit der Kompetenzen an den Unis und Museen und der Infrastruktur z.B. des DI könnten in einer klaren bildungspolitischen Zielsetzung junge Muslime in Deutschland, aber auch multikonfessionelle Gruppen im Nahen Osten angesprochen werden. Kulturelle Bildung ist nicht nur schönes Beiwerk, sondern ist identitätsstiftend und das ist gegenwärtig sehr wichtig für den gesellschaftlichen Frieden in unserem Land, wie für den Heilungsprozess in Syrien. In den Flüchtlingslagern hilft kulturelle Bildung auch, eine kollektive „kommunale“ Identitätsbildung zu ermöglichen. Syrien ist Heimat einer pluralen kulturellen Gesellschaft mit traditionell zahlreichen Religionsgruppen und Konfessionen, die sich eine national kulturelles Erbe teilen. Bei den in den letzten Jahren stattfindenden stark religiös islamistischen Tendenzen, die sich auch bei der Opposition sehr stark finden, ist es von besonderer Bedeutung, islamische Kultur als offen und überregional und konfessionell verwoben zu vermitteln und nicht als abgrenzend unterschiedlich. Dies ist, was wir als Museen vielleicht neben dem Projekt der Unterstützung von Institutionen in Syrien mit dem Kulturregister machen könnten.

Erlauben Sie mir eine Bemerkung als Beobachter: Ich habe zwölf Jahre im Nahen Osten, in Syrien und im Libanon gelebt. Ich habe beste Beziehungen in die Gesellschaft und kann nur sagen, ja, es stimmt, die Hilfe kommt nicht an und es wäre sehr wichtig zu überlegen, ob z.B.



die Zusammenarbeit mit Kommunen und mit lokalen Räten und nicht nur staatliche Strukturen dringend überprüft werden müssen, weil Mittlerorganisationen wie die GIZ hier sehr oft keinen Zugriff haben. Ich weiß aus eigener Erfahrung und verschiedenen Berichten, dass Projekte nicht fassen. Die lokalen Räte sind so etwas wie die Kommunen in den staatsfreien Gebieten und die haben keinen Ansprechpartner, bzw. scheitern schon beim Versuch einen Antrag zu schreiben. Dies müsste nochmal nachjustiert werden und deutsche Mittlerorganisationen müssten nicht nur diskutieren und einladen, sondern aktiv in die Kommunen zum Need-Assessment gehen.

Der Vorsitzende: Danke. Herr Dr. Vesper bitte.

Dr. Michael Vesper: Zunächst muss ich nochmal betonen, dass für uns natürlich die internationale Arbeit nur ein kleiner Ausschnitt der Arbeit ist. Die Hauptaktivitäten sind inländische Aktivitäten. Und auch zu Herrn Feist: Natürlich ist so etwas möglich. Ich meine, dass wir bei Reisewarnungen niemanden dorthin schicken dürfen, ist eine Auflage des Auswärtigen Amtes, das ist ganz klar. Aber dass wir Leute auch holen können, ist sicherlich möglich, aber das ist ein Tropfen auf einen heißen Stein. Das sind wenige Personen.

Zu dem, was Claudia Roth gefragt hat: Wir haben zum einen dieses Programm, ich überschreibe das mal mit „Entwicklung des Sports“, das wir seit 50 Jahren mit dem Auswärtigen Amt zusammen machen. Wir wollen jetzt aufbauen ein Programm „Entwicklung durch Sport“ mit dem BMZ, wo wir den Sport auch einsetzen als Instrument der Entwicklungspolitik und der Entwicklungshilfe. Und in beiden Bereichen sind solche Kooperationen möglich. Auf der anderen Seite muss ich auch sagen, wir sind eine nationale Sportorganisation, man sollte es vielleicht auch mal in-

ternational angehen. Jacques Rogge, der vorherige IOC Präsident, ist ja jetzt seit wenigen Monaten zum UN-Sonderbeauftragten für Jugendliche, Flüchtlinge und Sport ernannt worden, und von daher wäre er vielleicht auch ein Ansatzpunkt, an den sich der Ausschuss oder auch der DOSB, sich wenden könnte, damit er hilft.

Ich hab gelernt aus der heutigen Anhörung, dass es hier offenbar weniger um die Menge des zur Verfügung stehenden Geldes geht, sondern dass es überwiegend darum geht, dass dieses Geld die Richtigen erreicht und richtig verwendet wird. Und das ist, glaube ich, eher, wie so häufig, das Problem. Aber danke für die Anhörung.

Der Vorsitzende: Danke. Bitte, Frau Professor Dr. Fless.

Prof. Dr. Friederike Fless: Wir haben natürlich Belege von Zerstörungen durch Kampfhandlungen, wir haben Belege für ideologische begründete Zerstörungen und wir haben in unterschiedlichen Gebieten Syriens sehr unterschiedlich organisierte Formen von Raubgrabungen und illegalem Kunsthandel. Im Westen Syriens geht man wie in Apamea, das jetzt weitgehend durch Raubgrabungen zerstört ist, davon aus, dass dort international agierende Banden agieren. Im ISIS-Gebiet selber geht es hingegen darum, dass man über den Verkauf der Antiken sehr gezielt Gelder akquiriert. Das ist ein im Grunde risikoarmes Verfahren, weil Antikenhandel in vielen Ländern per se nicht kriminalisiert ist. Das heißt, wenn Sie hier eine Antike erwerben, muss man Ihnen erst mal nachweisen, dass die aus einem illegalen Kontext kommt, bevor es wirklich zu einer juristisch verfolgbaren kriminellen Handlung wird. Das ist anders bei Waffen und Drogen. Im DAI sind wir bei allen Maßnahmen, da wir relativ klein sind, sicher, dass das Geld für den Kulturerhalt oder Kulturgüterschutz auch die Adressaten erreicht. Es ist



wichtig, neben den Anrainerstaaten Syriens Syrien selbst nicht zu vergessen. Wir wollen ja nicht noch mehr Flüchtlinge, indem wir die Syrer selber nicht mehr unterstützen. In konkreten Projekten, wie sie auch vom Auswärtigen Amt unterstützt werden und wurden, also die Restaurierung der Mschatta-Fassade in Jordanien, könnte man auch Syrer konkret ausbilden. Wir könnten also in den Anrainerstaaten die Länder unterstützen, gleichzeitig dort aber auch Ausbildungsprogramme für Syrer als Restauratoren und Handwerker initiieren. Hier verfügt das DAI über eine lange Tradition. Nicht zuletzt aufgrund eben dieser konkreten Arbeit gehört das DAI seit mittlerweile 140 Jahren zum Auswärtigen Amt.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Professor Dr. Wintermantel.

Prof. Dr. Margret Wintermantel: Ja, vielen Dank. Herr Feist und auch Herr Zech hatten mich direkt angesprochen, was die Aktivitäten auch des Auswärtigen Amt und des BMZ in dieser Region betrifft.

Herr Feist, Sie haben zu Recht auf die Transformationspartnerschaften hingewiesen. Das ist ein sehr gut laufendes Programm, was darauf gerichtet ist, Kooperationen zwischen deutschen Hochschulen und Hochschulen im arabischen Raum zu unterstützen und das ist ein voller Erfolg, auch was da die demokratischen Diskurse betrifft und den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen und rechtstaatlicher Möglichkeiten. Also wir sind da auf einem sehr gutem Weg. Auch was die Partizipation von Studierenden betrifft, was nicht selbstverständlich ist in den arabischen Ländern und was ja zu unseren Vorstellungen von Hochschule dazu gehört. Also da passiert sehr viel, sei es in Ägypten, aber auch in Tunesien. Ich war gerade in Marokko, auch da gibt es ein großes Interesse an entsprechenden Aktivitäten.

Das andere ist die Frage, die Herr Zech gestellt hat: Wir wollen syrische Studierende unterstützen. Die syrischen Studierenden sollen die Möglichkeit haben, sich weiter auszubilden und irgendwann Verantwortung auch wieder für ihr Land zu übernehmen. Und was praktische Tätigkeiten betrifft, so ist ja gerade die deutsch-jordanische Hochschule als eine Fachhochschule eben sehr anwendungsbezogen, ganz besonders im Ingenieurbereich, und damit in diesen Fähigkeiten, die in Jordanien sehr wichtig sind. Das ist keine Handwerker-ausbildung, aber doch eine angewandte Ausbildung für Leute, die Verantwortung übernehmen wollen was den Aufbau der Infrastruktur betrifft, was Energiegewinnung, Wasserwirtschaft betrifft, auch Gesundheitsökonomie. Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass wir auch syrische Studierende hierher holen und ich meine, da haben wir kein Problem, dieses Geld ist gut investiertes Geld. Und auf der anderen Seite, dass man eben auch Drittlandstipendien gibt für Leute, junge Syrer und Syrerinnen die in Flüchtlingslagern sind.

Ja gut, ich glaube, das waren die beiden Fragen.

Johannes Ebert: Ja, vielleicht eine kleine persönliche Bemerkung zu dem Thema, bevor ich auf die Fragen antworte. Ich habe selber ein Jahr in Damaskus studiert und war lange auch im Nahen Osten tätig. Und noch eine kleine persönliche Bemerkung: Meine Frau stammt aus Laos. Ihr Vater war in den siebziger Jahren zwei Jahre im Konzentrationslager. Sie war dann zwei Jahre im Lager in den Philippinen. Und wir haben uns in dem Zusammenhang jetzt auch nochmal kurz unterhalten und ich habe sie gefragt, „Was ist dir da im Gedächtnis geblieben?“ und sie sagte: „Das Warten auf das Essen, spielen mit den Eltern und den Kindern, Langweile und das Filmprogramm, das in den Lagern angeboten wurde.“



Und insofern möchte ich doch noch mal sagen, Kultur für Kinder und Jugendliche in den Lagern ist ein wichtiges Projekt. Es geht nicht nur um akademische Bildung, das ist auch sehr wichtig. Aber ich möchte auch nochmal sagen, es geht um beides, es geht um Bildungsbiographien - und deswegen möchte ich da schon nochmal eine Lanze dafür brechen - und Multiplikatoren. Wir arbeiten immer über Multiplikatoren, weil wir als Goethe-Institut mit unseren wenigen Mitarbeitern das gar nicht schaffen können, unsere Programme in die Gastländer zu tragen. Das heißt, wir haben in allen Arbeitsbereichen Multiplikatoren-Systeme aufgebaut, sei es für Deutschlehrer, sei es für Umwelt, sei es für kulturelle Bildung. Und das könnten wir auch in diesem Zusammenhang, in einem größeren Programm, das natürlich dann auch einer besonderen Unterstützung bedürfte, auch in der Türkei, im Libanon und auch in Jordanien machen und im Irak von Erbil aus, wo wir ja noch aktiv sind und zwar sehr intensiv aktiv. Aber da müsste man etwas Ressourcen in die Hand nehmen für Kulturprogramme für Kinder und Jugendliche in der arabischen Sprache und auch vielleicht mit einem therapeutischen Aspekt, wo wir selber uns auch noch ein bisschen stärker kundig machen müssen. Das wäre für mich ein spannendes Programm. Also diese Multiplikatoren-Systeme sind ein Arbeitsprinzip von uns, ohne das wir gar nicht arbeiten könnten. Und ich glaube, wir hätten die Kompetenz, das aufzubauen. Wir würden auch ähnlich wie der DAAD auch für uns in Anspruch nehmen, dass wir mit dem Geld umgehen können. Frau Schmidt, Sie haben die Frage, wie man in Städten aktiv werden könne. Wie gesagt, unsere ersten Erfahrungen sind, dass sich auch an manchen Orten, vielleicht nicht überall, NGOs gründen, die mit Flüchtlingen zusammenarbeiten, die man dann wieder als Partner gewinnen könnte für einzelne Programme. Also das wäre vielleicht ein Ansatz, den man weiterverfolgen könnte.

Hans ten Feld: Kommt die Hilfe an, war eine ganze wichtige Frage hier. Wir haben leider nicht genügend Zeit, um im Detail auszuführen, was da an Hilfe geleistet wird. Aber Sie finden auf unserer Website und von anderen VN-Organisationen regelmäßig jede Woche die Informationen darüber. Ich hab hier einen Ausdruck, wieviel Menschen das Welternährungsprogramm erreicht hat, was im Gesundheitswesen gemacht worden ist, was im Bildungsbereich an Unterstützung geleistet worden ist. Kommt die Hilfe an? Zaatari ist ein riesiges Flüchtlingslager, das ja von der internationalen Gemeinschaft finanziert worden ist und wo Hilfe an Flüchtlingen geleistet wird. Ich möchte nochmal in Erinnerung rufen, dass die Hilfsorganisationen ein Programm ausgegeben haben oder ein Appell, dass wir 6,5 Mrd. US-Dollar brauchen, um in einem Jahr all diesen Flüchtlingen - 2,9 Mio. Flüchtlingen - zumindest Unterstützung zukommen lassen zu können. Wir haben bislang bloß 30 Prozent von diesen notwendigen Mitteln bekommen. Wir müssen daher natürlich auch als Organisation Prioritäten setzen und können gar nicht jeden Flüchtling, jede Person erreichen. Wir müssen dann leider auch Abstriche machen. Zugleich ist es wichtig, wie Frau Schmidt auch ansprach, dass wir arbeiten an der Akzeptanz in der Bevölkerung. Und daher ist es eben wichtig dieses Programm umzusetzen, wozu wir aufgerufen haben. Dabei geht es um Infrastrukturmaßnahmen, es geht um die Trinkwasserversorgung, es geht um die Müllabfuhr, es geht um das Schulwesen, um Gesundheit. Es geht schon längst nicht mehr nur um die Nothilfe Maßnahmen, aber die Mittel müssen auch tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Und um auch die Akzeptanz zu erhalten, die es jetzt noch gibt.

Frau Roth sprach an die Hilfe in Syrien. Die internationale Gemeinschaft kann auch nur die Gebiete erreichen, in denen Sicherheit gewährleistet ist und wo beide Parteien Zugang gewähren. Ich weiß nicht, Herr Springer, ob



die Zahl, die Sie da erwähnen, dass nur 85 Prozent der Hilfe die Flüchtlinge erreicht, realistisch ist. Ich weiß nur, dass die internationalen Organisationen nach wie vor bemüht sind, Konvois zusammen zustellen, um tatsächlich auch diejenigen zu erreichen, die es auch brauchen. Die Menschen, die Hilfe brauchen, ob sie jetzt in Regierungsgebieten sind oder in Nicht-Regierungsgebieten, es geht uns um die Unterstützung der Kinder, Frauen und Männer, die Opfer des Krieges sind, von Gewalt, von dem was da passiert.

Herr Nouripour fragte wegen UNRWA. Leider bin ich kein Experte für UNRWA. Ich weiß, dass es für palästinensische Flüchtlinge sehr schwierig ist und dass es auch innerhalb Syriens Lager gibt, aber ich kann leider jetzt nicht die Details darlegen.

Der Vorsitzende: Vielen herzlichen Dank meine Damen und Herren, ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Beiträge, Sie haben uns da sehr geholfen. Wir haben festgelegt, dass für Ihre Beiträge ein Wortprotokoll erstellt wird, das Sie gegebenenfalls auch korrigieren können.

Das Auswärtige Amt ist hier namhaft vertreten. Wir werden in einer Obleutebesprechung, d.h. in einer Besprechung, in der die Vertreter der einzelnen Fraktionen zusammen kommen, festlegen, wie das, was wir heute hier zusätzlich erfahren haben, in die praktische Politik der Bundesregierung umgesetzt werden kann. Ich nehme an, dass es auch darauf hinauslaufen wird, dass das Auswärtige Amt uns berichten wird, wie die einzelnen Anregungen und auch Bedenken, die hier genannt worden sind, umgesetzt und berücksichtigt werden können. Was den DAAD betrifft, sind wir ja morgen früh beieinander und freuen uns, dass wir von Ihren Außenstellenleitern in der ganzen Welt und auch aus dem Bereich im Nahen Osten die Berichte der Damen und Herren hören werden, die unmittelbar vor Ort tätig sind.

Ich möchte Ihnen sehr herzlich danken für Ihre Zeit, auch für die Zeit für die Anreise, die Sie sich genommen haben und schließe die Sitzung. Vielen Dank.

Dr. Peter Gauweiler, MdB

Vorsitzender